



prägnant 05

MÄRZ 2019

DIE LAUSITZ MUSS INDUSTRIE- UND ENERGIE- REGION BLEIBEN!

Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich, wie zahlreiche andere Länder auch, zur Erreichung der Pariser Klimaziele verpflichtet. Sie sehen die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten vor. Die Länder haben sich das Ziel gesetzt, den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.

Auch die IG Metall hat sich zu den Pariser Klimazielen bekannt. Um den CO₂ Ausstoß zu senken und die Erwärmung zu stoppen, müssen die Industriestaaten die fossilen Energieträger sukzessive gegen erneuerbare Energien austauschen. Die so genannte Dekarbonisierung der Industrie und der ganzen Gesellschaft ist das mittel- bis langfristige Ziel. Deshalb kommt dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung und der Verstromung eine bedeutende Rolle zu. Die große Koalition im Bund hat sich deshalb zur Einrichtung einer Kommission verständigt, die Ausstiegsszenarien entwickeln soll. Die so genannte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat nun ihren Abschlussbericht vorgelegt. Für die IG Metall im Allgemeinen und für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen wegen der regionalen Zuständigkeit für die Lausitz im Besonderen, stellt sich nicht an erster Stelle die Frage nach einem

raschen Ausstieg aus der Braunkohle, sondern vor allem nach einem möglichst sozial verträglichen Ausstieg für die betroffenen Unternehmen und Beschäftigten. Kein Ausstieg ohne vorher stattfindenden Aufbau neuer, hochwertiger und zukunftsfester Industriearbeitsplätze – so lautet unsere Forderung an die betroffenen Landesregierungen.

Erneute Strukturbrüche wie sie der Osten Deutschlands in den 1990er Jahren durchlebt hat müssen verhindert werden. Im geplanten Ausstieg liegt aus Sicht der IG Metall eine große Chance: Die Regionen und hier besonders die Lausitz können mit einer aktiven Industriepolitik unter Einbeziehung der Gewerkschaften für die Zukunft fit gemacht werden. Deshalb bleibt unser Ziel bestehen: Die Lausitz muss Industrie- und Energieregion bleiben mit guter, tarifvertraglich organisierter und mitbestimmter Arbeit, und mit Unternehmen, die sich mit modernen und zukunftsfähigen Technologien behaupten können. Die Metall- und Elektroindustrie in den Kohlerevieren ist vom Wandel ebenfalls betroffen, wie die Bergbauunternehmen selbst. Kein Beschäftigter und keine Beschäftigte, egal ob bei den Energieunternehmen oder bei den zahlreichen Zulieferern darf im Prozess des Wandels zurückgelassen werden. Niemand darf ins Bergfreie fallen!

Bestandsaufnahme Endbericht Kohlekommission

Zum Bericht der Kommission im Einzelnen:

Neben der Empfehlung an die Bundesregierung für ein terminiertes Auslaufen der Kohleverstromung und für ein Maßnahmenpaket für den weiteren Umbau der

Energieversorgung, werden eine umfangreiche Absicherung der direkt Beschäftigten und umfassende strukturelle Maßnahmen in den betroffenen Kohlerevieren vorgeschlagen.

Insgesamt umfasst der Abschlussbericht 650 Projektvorschläge. Diese reichen von Wirtschaftsförderung, Infrastrukturausbau, Wissenschaft und Innovation, über Experimentierklauseln und Reallabore, bis hin zu aktiver Arbeitsmarktpolitik und Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die Lausitz wird vom Kohleausstieg laut einer Studie des RWI-Leibnitz-Instituts Köln unter den Braunkohlerevieren am stärksten betroffen sein. Hier fehlen in weit größerem Umfang Ersatzarbeitsplätze bei großen Konzernen als dies bspw. im Rheinischen Revier der Fall ist. Zusätzlich kommt eine schlechte verkehrliche Anbindung der Lausitz an wirtschaftsstarke Regionen wie Berlin, Leipzig oder Dresden.

Wir haben als IG Metall Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen im Verlauf der vergangenen Monate kontinuierlich darauf hingewiesen, dass die Lausitz eine neue

industrielle Perspektive braucht, die allerdings nicht im Billiglohn und Niedrigsteuerbereich liegen darf.

1 Euro Shops, in denen 1 Euro Jobber einkaufen, lehnen wir als Perspektive für den Binnenmarkt ab.

Eine neue Sonderwirtschaftszone, wie sie bspw. der sächsische Ministerpräsident eine Zeit lang gefordert hat, mit Niedrig-Unternehmenssteuern wird nicht unsere Zustimmung finden. Eine Sonderwirtschaftszone Lausitz soll es nach dem Willen der Kommission auch nicht geben, sondern im Abschlussbericht finden sich Ideen von Experimentierklauseln, Reallaboren und der Überprüfung regulatorischer Maßnahmen. Allerdings soll es explizit nicht um Sonderwirtschaftszonen gehen. Es wird ausdrücklich festgehalten, dass Ausnahmeregelungen im Einklang mit Umwelt-, Arbeits- und Tarifrecht stehen müssen.

Zeitplan

Enddatum für den Kohleausstieg ist das Jahr 2038, mit der Option 2032 zu überprüfen, ob das Enddatum sogar auf das Jahr 2035 vorgezogen werden kann. Sofern die energiewirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen, kann das Datum mit der Zustimmung der Betreiber auf frühestens 2035 vorgezogen werden.

Nach den gegenwärtigen Revierplänen würde die Braunkohleverstromung erst im Laufe der 2040er Jahre enden. Bis 2030 soll etwas mehr als die Hälfte der bestehenden Kraftwerksleistung schrittweise abgeschaltet werden.

Der von der Kommission zu terminierende Ausstieg aus der emissionsintensiven Verstromung von Braunkohle birgt große strukturpolitische Herausforderungen für die deutschen Kohleregionen – besonders für die Lausitz.

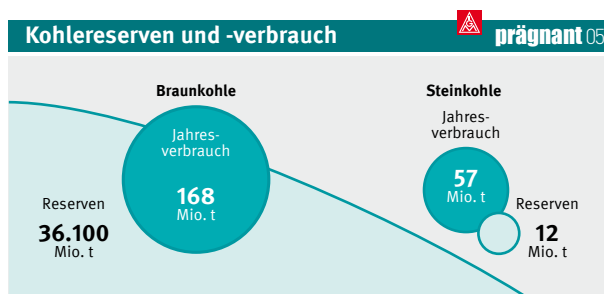
Die Kommission hat in ihrem Abschlussbericht mehrere Daten festgesetzt an denen der Ausstiegsprozess durch ein Monitoring überprüft werden soll. 2023, 2026, 2029 und 2032.

Kriterien des Monitorings werden der Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien sein, ebenso die Versorgungssicherheit und der Netzausbau sowie die Strompreise.

Wenn eines oder mehrere Kriterien negativ ausfallen, kann ein Expertengremium empfehlen, das Abschalten von Kraftwerken, und somit das vom Netz gehen, auszusetzen. Hier nimmt die Kohlekommission die Bundesnetzagentur in die Pflicht die Versorgungssicherheit zu prüfen.

Dass massiver Handlungsbedarf besteht zeigt die Tatsache, dass der Netzausbau gegenwärtig nur schleppend vorankommt. Moderne und leistungsfähige Stromnetze sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Industrieproduktion und für einen raschen Transport des gewonnenen Stroms aus erneuerbaren Energien wie bspw. Wind. Nur wenn der Strom von Nord- und Ostsee jederzeit und schnell in die Industriezentren von West- und Süddeutschland transportiert werden kann, wird die Transformation der Industriegesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit gelingen. Laut Bundesnetzagentur beträgt die Gesamtlänge der Leitungen, die sich aus dem Bundesbedarfsplangesetz ergeben, aktuell etwa 5.900 km. Von den 5.900 km wurden bisher rund 600 Trassenkilometer genehmigt und davon rund 150 km realisiert. Der Ausbau der Leitungen hält mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien somit nicht Schritt. Dabei geht es neben neuen Stromleitungen auch um Projekte zur Verstärkung bestehender Netze. Der Hochlauf bei der Elektromobilität wird den Strombedarf und die Anforderungen an die Netze auch in naher Zukunft weiter verschärfen.

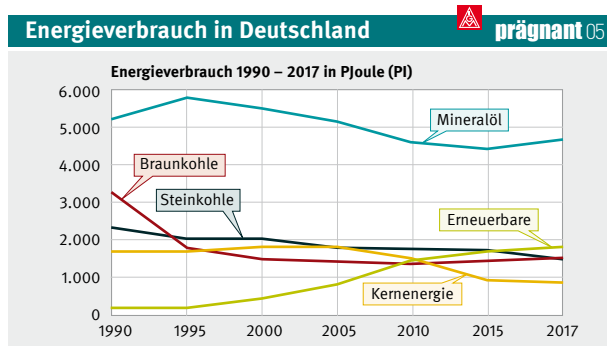
Die Kohlekommission hat in ihrem Abschlussbericht deshalb darauf hingewiesen, dass der Ausstieg aus der Braunkohle und der Ausbau der erneuerbaren Energien mit



Quelle: Handelsblatt vom 8.10.2018

Die Braunkohle ist der einzige nennenswerte Rohstoff über den Deutschland in hoher Quantität verfügt. (siehe Grafik). Der Abbau der Steinkohle wurde Ende 2018 beendet. Der nun einsetzende schrittweise Ausstieg aus der Braunkohle, bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Kernenergie kann und muss das Wachstum bei den erneuerbaren Energien beschleunigen. Die IG Metall wird den Prozess konstruktiv begleiten.

einem adäquaten Fortschritt bei der Modernisierung der Übertragungs- und Verteilnetze einhergehen müssen.



Hinweis: 210 PJ = Explosionskraft der stärksten Wasserstoffbombe (= 50 Mt TNT)
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; www.deutschlandin zahlen.de

Insgesamt sind die Maßnahmenpakete im Abschlussbericht der Kommission eine gute Bündelung der Themen, die energiepolitisch vorangebracht werden müssen. Dazu gehört auch die Sicherstellung des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf 65 Prozent bis 2030.

Ein verlässlicher Ausstiegspfad aus der Kohle erfordert einen ebenso verlässlichen Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien.

Für Verbraucher und vor allem energieintensive Betriebe müssen bezahlbare Strompreise in den nächsten Jahrzehnten ebenso sichergestellt werden, wie die Entwicklung neuer Netze, Speicher und sonstiger Energieinfrastruktur. Der Wandel in der Energieversorgung ist in vollem Gange und seit einigen Jahren besonders im Bereich der erneuerbaren Energien mit stark ansteigendem Anteil (siehe Grafik)

Finanzierung des Kohleausstiegs und Strukturwandels

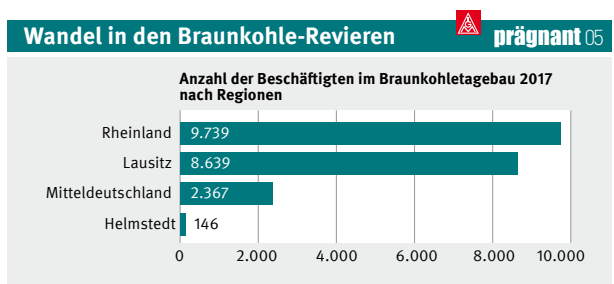
Wieviel Geld wird für den Kohleausstieg und den damit einhergehenden Strukturwandel bereitgestellt, sollte der Gesetzgeber den Kommissionsvorschlägen folgen?

Insgesamt 40 Mrd. Euro an Strukturhilfen sind in den nächsten 20 Jahren im Endbericht eingeplant. Für alle verkehrlichen Investitionen (Autobahnausbau, Schiene etc.) und den Ausbau bzw. die Neuansiedelung von Bundesämtern stehen insgesamt 26 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt für die nächsten 20 Jahre bereit. 14 Mrd. Euro kommen in einen Fonds aus dem die betroffenen Kohleregionen für 20 Jahre Geld bekommen. Das sind 700 Millionen pro Jahr. Insgesamt beläuft sich das Finanzierungsvolumen auf 40 Mrd. Euro.

Zwischen den vier betroffenen Bundesländern (NRW, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt) werden die 700 Mio. Euro pro Jahr aufgeteilt. Das Helmstedter Revier in Niedersachsen soll einmalig finanziell abgefunden werden. Zusätzlich kommen auf die 40 Mrd. Euro 1,65 Mrd. Euro aus einem Sofortprogramm aus dem Bundeshaushalt hinzu.

Entschädigungsfragen der Energiekonzerne wird die Bundesregierung zukünftig verhandeln müssen. Die noch zu klärenden Fragen der finanziellen Kompensation für die Eigentümer der Anlagen sollte rasch geschehen um auch hier Klarheit und Planbarkeit herzustellen.

Dass große Veränderungen in den Revieren bevorstehen und erhebliche Anstrengungen nötig sein werden um Industriearbeitsplätze zu erhalten bzw. neu aufzubauen, zeichnet sich bereits heute ab. Allein bei den Energieversorgern sind über 20.000 direkt Beschäftigte betroffen (siehe Grafik).



Quelle: Bundesverband Braunkohle

Bei den Maßnahmen für die direkt Beschäftigten wird eine sozialverträgliche Ausgestaltung des Ausstiegs aus der Kohleverstromung ohne betriebsbedingte Kündigungen eingefordert. Außerdem der Aufbau von zukunftsgerichteten Arbeitsplätzen mit adäquaten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften und Mitbestimmungsorgane sind einzubeziehen. Umfangreiche Bundesmittel für die Sicherheitszusage an die Beschäftigten sind vorgesehen. In den Genuss der „sozialverträglichen Ausgestaltung der Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung“ kommen allerdings nur „die Beschäftigten im Tagebau und in den Braun- und Steinkohlekraftwerken“.

Die Kommission hat jedoch in ihrem Endbericht auch die indirekt Beschäftigten quantifiziert, für sie sind jedoch keine direkten finanziellen Ausgleichszahlungen vorgesehen. So werden die stärksten Beschäftigungseffekte die Lausitz und das Rheinischen Revier treffen: Im Lausitzer Revier sind ungefähr 24.000 Arbeitsplätze (8.000 direkt, 16.000 indirekt) betroffen, im Rheinisches Revier 27.000 Arbeitsplätze (9.000 direkt, 18.000 indirekt).

Deshalb hat die Kommission richtig erkannt, dass der Strukturwandel nur mit neuen und zukunftsfesten Industriearbeitsplätzen gelingen wird.

Kommissionsvorschläge für eine zukunftsfähige Lausitz

Viele gute Investitionsvorschläge finden sich im Bericht wieder. Darüber hinaus konnten gewerkschaftliche Leitprinzipien in der Strukturpolitik verankert werden: Ausrichtung auf hochwertige Arbeitsplätze, Prinzip „Gute Arbeit“, tarifvertraglich abgesicherte Regelungen.

Blickt man auf die Lausitz und deren besonderen Herausforderungen, gibt es ein ganzes Bündel an Vorschlägen. So soll in der Lausitz der Breitbandausbau 5G vorangetrieben werden und die Ansiedlung neuer Bundesämter in der Region geplant werden. Im Bericht werden darüber hinaus neben Infrastrukturfragen auch sehr ausführlich Innovations- und Technologiestrategien entwickelt bzw. angedeutet, die auf eine industrielle Perspektive ausgerichtet sind. Der Infrastrukturausbau, die Wirtschafts- und Innovationsförderung, sowie die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen soll forciert werden. Zahlreiche Infrastrukturideen wie bspw. die so genannte MILAU Fernstraßenverbindung zwischen Mitteldeutschland und der Lausitz sind wichtige verkehrliche Investitionen. Die mitteldeutsche Region um Leipzig boomt. Hier haben die Automobilhersteller BMW und Porsche große Werke und eine bessere Anbindung der



Foto: Mariana Designer | Adobe Stock

Lausitz an diese wirtschaftsstarke Region wird hilfreich sein bei der Etablierung neuer Industrien in der Lausitz.

Beispielsweise könnte der Bereich Batterieproduktion und Batterierecycling im Rahmen des Hochlaufs der Elektromobilität eine industrielle Perspektive für die Lausitz sein. Hierfür ist die neue verkehrliche Anbindung Richtung Mitteldeutschland unerlässlich.

Die Kommission hat deshalb zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur die Einrichtung eines Sonderfinanzierungsprogramms Verkehrsinfrastruktur vorgeschlagen. Darüber hinaus müssen laut Kommission die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für neue Gaskraftwerke forciert werden.

Weitere Vorschläge der Kommission für eine industrielle Zukunft der Lausitz (eine Auswahl):

- ▶ Nachhaltige Textilien aus der Lausitz,
- ▶ Zentrum Glasfaser- und Karbon-Verbundstoffe,
- ▶ Akkukompetenz /Zellrecycling und Aufbau einer europäischen Zellenproduktion,
- ▶ Bessere Bahnverbindungen: Berlin – Cottbus – Görlitz und Dresden – Görlitz,
- ▶ Gleisanschluss Accumotive in Kamenz,
- ▶ 6-spuriger Ausbau A13,
- ▶ Modellregion für 5G Mobilfunk und Glasfasernetz,
- ▶ Förderung Langzeitenergiespeicher und Bau eines Großspeichers für regenerative Energien,
- ▶ Digitales Testfeld für autonomes Fahren am Lausitzring.

Die guten Ideen und Projektvorschläge der Kommission müssen nun rasch gesetzgeberisch umgesetzt werden, damit die Lausitz eine (aus heutiger Sicht noch ferne) industrielle Zukunft, auch ohne Braunkohletagebau und Braunkohleverstromung haben wird.

Forderungen der IG Metall

Die IG Metall will keine deindustrialisierte Lausitz, sondern weiterhin eine erfolgreiche Energie- und Industrieregion. Die Lausitz braucht deshalb eine dauerhafte industrielle Perspektive, die neben der Kernkompetenz als Energieregion auch die heutigen vorhandenen Bereiche wie Chemie, Kunststoff, Metall, und Kraftwerkstechnik umfasst.

Wir fordern, dass der Kommissionsbericht rasch umgesetzt wird, damit belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Lausitzer Revier entstehen können. Der Bericht der Kommission ist eine gute Grundlage, die nun in Gesetzesform gegossen werden muss.

Wir brauchen einen Einstieg in eine Strukturentwicklung, die in der Region neue gute Industrierarbeit sichert und Innovationen sowie Investitionen anreizt.

Wir unterstützen die Energiewende. Dennoch müssen Strom, Wärme und Mobilität für die Menschen und die Betriebe bezahlbar bleiben. Die IG Metall steht für eine Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik, die sich an der Schaffung und Umsetzung von Innovationen orientiert. Wir brauchen eine langfristige Strukturpolitik, die dem Revier zu neuer Wirtschaftskraft in vergleichbarer Größenordnung verhilft. Die Infrastruktur der Region in den Bereichen Verkehrsnetze, digitale Netze, Forschung, Bildung, Technologie und Wohnen muss aus- bzw. umgebaut werden.

Die Menschen in der Lausitz haben eine gewachsene Energie- und Technikkompetenz. Es gibt verfügbare Flächen für die Ansiedlung neuer Projekte und Unternehmen.

Gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weiterqualifiziert werden müssen, moderne industrielle Strukturen, Energieforschung, aber auch neue Technologien zur Energiegewinnung und Energiespeicherung sind heutige Stärken der Lausitz, die in Zukunft noch weiter ausgebaut werden müssen.

Junge Menschen brauchen auch in Zukunft eine Perspektive in der Lausitz. Deshalb kommt der Ausbildung von zukünftigen Fachkräften erhebliche strategische Bedeutung für die IG Metall zu.

Neben dem Ausbau der Mitbestimmung und der Erhöhung der Tarifbindung ist die Frage von Aus- und Weiterbildung von zentraler Bedeutung, um die Beschäftigten gut durch die Transformation in der Industrie zu begleiten.

Wir fordern eine Strategie zur Erhöhung der Ausbildungsquote in den Betrieben, um die Nachwuchssicherung gezielt zu entwickeln. Die Berufsbilder müssen den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Unternehmen in den Revieren und darüber hinaus brauchen besonders im Zeitalter der Digitalisierung gut ausgebildete Facharbeiter. Hier sind die Unternehmen in der Pflicht mehr auszubilden. Die betrieblichen Personalentwicklungsstrategien müssen mit öffentlichen Angeboten in den Feldern Qualifizierung und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden.

Es bleibt dabei: die Lausitz braucht mehr und nicht weniger Ausbildung.

Für uns als IG Metall steht fest: der bevorstehende Strukturwandel wird nur gelingen, wenn er für die Menschen nicht wieder zu Arbeits- und Perspektivlosigkeit führen wird. Die Lausitz darf keine deindustrialisierte Region werden, in der nur Tourismus und Pendelverkehr nach Berlin und Dresden anzutreffen ist.

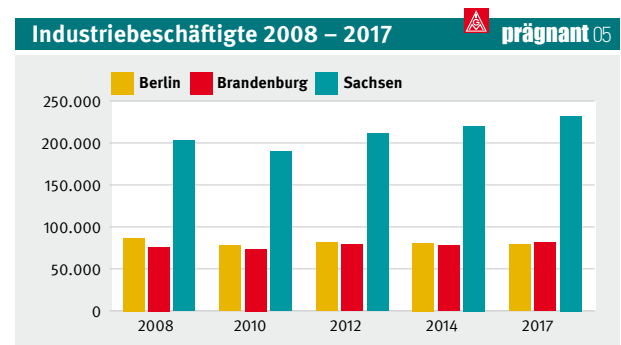
So richtig die Ansiedelung von Bundesämtern und Forschungsinstituten ist, es braucht Industriearbeitsplätze, die nachhaltigen Erfolg und sichere Beschäftigungsperspektiven bringen. Hierbei müssen die Unternehmen und ihre Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie, die als Zulieferer für das Bergbauunternehmen LEAG tätig sind, verstärkt unterstützt werden. Fast alle Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie im brandenburgischen Teil der Lausitz hängen vom Bergbau ab.

Für alle Reviere sollen zwar Förderprogramme mit besonderem Fokus auf die Zulieferer der Braunkohlewirtschaft aufgelegt werden, dennoch bleibt der Kommissionsbericht hier im vagen.

Die IG Metall begrüßt den geplanten Schutzschirm für die direkt Beschäftigten bei den Energieversorgern, fordert aber ebenfalls umfassende Unterstützungsmaßnahmen für die indirekt Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, die im Bereich Maschinenbau, Wartung und Instandhaltung arbeiten. Die IG Metall fordert darüber hinaus die Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes um in allen Industriebereichen den Transformationsprozess sozial zu gestalten.

Im Kern geht es darum die Lausitz als Wirtschafts- und Lebensraum zu revitalisieren.

Auch deshalb muss der Wegzug junger Fachkräfte gestoppt werden. Die gute Entwicklung der Beschäftigungszahlen bei den Arbeitnehmern in der Industrie muss im ganzen IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen fortgesetzt werden. Ein Abbau industrieller Arbeitsplätze in der Lausitz, ohne gleichzeitigen Aufbau adäquater Ersatz-Arbeitsplätze würde die gute Entwicklung der letzten Jahre stark bremsen.



Hinweis: Industrie umfasst Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden. - Quelle: Statistisches Bundesamt

In Summe müssen für die gesamte Lausitz (Brandenburg und Sachsen) ca. 10.000 neue Industriearbeitsplätze entstehen um eine quantitative Kompensation für die Beschäftigung in der Braunkohle herstellen zu können.

Den Energie-Wandel in der Lausitz erfolgreich gestalten

Durch eine umfassende Beteiligung von Gewerkschaften und von anderen relevanten Akteuren über revierspezifische Institutionen, wie z.B. Revierbegleitausschüsse kann es gelingen den Strukturwandel im Energiesektor erfolgreich zu bewerkstelligen.

Die Vorschläge und Projekte zur Strukturentwicklung der Kommission sollten in der Lausitz neben Infrastrukturmaßnahmen und unterschiedlichen Clusterkonzepten, die auf eine industrielle Perspektive ausgerichtet sind und Innovations- und Technologiestrategien in den Bereichen

Digitalisierung, Mobilität, Energie- und Speichertechnik und Grundstoffindustrie umfassen, Stück für Stück umgesetzt werden. So kann eine attraktive und zukunftsgerichtete Wirtschaftsregion mit neuen (Energie-) Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Die Veränderungen der Energiesysteme von derzeit zentralen zu zukünftig weitgehend dezentralen Strukturen, der Ausbau erneuerbarer Energien, der großtechnischen Produktion von Wasserstoff, neue, auch industriefähige Wertschöpfungsketten im erneuerbaren Energiebereich können in der Lausitz

entstehen. Die Entscheidung des Landes Brandenburg sein Beratungsangebot zu erneuerbaren Energien zu verstärken und insbesondere für mehr Akzeptanz der Windenergie zu werben, ist ein wichtiger Baustein der landeseigenen Aktivitäten.

Neue Speichertechnologien können für die Integration der erneuerbaren Energien die notwendige zeitliche Flexibilität bereitstellen und eine Vielzahl von Systemdienstleistungen erbringen. Durch den Bau neuer Großspeicher sollen Spitzenlasten aufgefangen werden, wenn zum Beispiel an sonnigen und windigen Tagen zu viel Strom im Netz ist und diesen wieder einspeisen, sobald die Nachfrage steigt. Die fehlende Speicherbarkeit in industriell nutzbarem Maßstab, verbunden mit einem relativ unflexiblen Stromnetz, gilt als zentrale Schwachstelle der deutschen Energiewende. Der nun beginnende Bau eines neuen Großspeichers im Industriepark Schwarze Pumpe, der teilweise mit öffentlicher Förderung realisiert wird, ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Europas größte Batterie wird ab Sommer 2020

15.000 Haushalte mit Strom versorgen können. Darüber hinaus können hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke, der gezielte Ausbau erneuerbarer Energien, Investitionen in neue Energiespeicher, Programme zur Energie-Effizienz in allen Bereichen, Kraftwerksentwicklung, mehr Forschung und Entwicklung sowie moderne Netzstrukturen auch in Zukunft für die Lausitz wichtige Wirtschaftsbereiche werden, die es zu fördern und auszubauen gilt. Erforderlich ist die integrierte Entwicklung von Energieforschung, Energiestrategien und Energietechnik z.B. in Form eines Masterplans, der die industriepolitischen Chancen des Potenzials des Energiesektors für die Lausitz insgesamt nutzbar macht. Nicht zuletzt müssen den Ankündigungen durch Vertreter der Bundesregierung eine deutsche bzw. europäische Zell-Produktion für die automobilen Elektromobilität in der Lausitz anzusiedeln, Taten folgen.

Der Übergang in Richtung erneuerbare Energien bietet für die Lausitz Chancen. Die IG Metall wird diesen Wandel aktiv begleiten.